

Handelsblatt vom 04.01.2013, Seite 12

gastkommentar

Auf dem Weg zur Minderheit

Ohne Zweistaatenlösung wird Israel demografisch überrollt, meint Volker Perthes.

Natürlich ist es von Bedeutung wer die Wahlen in Israel gewinnt. Aber europäische Politiker sollten ihre Nahostpolitik nicht von Wahlergebnissen abhängig machen. Sie haben zu oft auf die je nächsten Wahlen in Israel, in den USA, gelegentlich auch in den palästinensischen Gebieten gewartet, immer in der Hoffnung, dass irgendwann eine Konstellation eintritt, in der ein amerikanischer Präsident den Friedensprozess im Nahen Osten als Priorität behandelt und gleichzeitig ein israelischer Regierungschef im Amt ist, der den politischen Willen, die Mehrheit, den Mut und die richtigen Partner auf palästinensischer Seite hat, um die für einen Frieden notwendigen territorialen Zugeständnisse zu machen.

Die Konturen eines solchen Friedens, der sogenannten Zweistaatenlösung, sind seit dem Oslo-Abkommen von 1993 bekannt. Dazu gehört eine Grenzziehung zwischen Israel und dem zukünftigen Staat Palästina auf Basis der Grenzen von 1967, der Austausch von Territorien, die Aufgabe von israelischen Siedlungen jenseits dieser Grenze und die gegenseitige Akzeptanz von West-Jerusalem als israelischer und Ost-Jerusalem als palästinensischer Hauptstadt. Ein weiterer zentraler Punkt: Palästinensische Flüchtlinge dürfen nur in beschränktem Umfang nach Israel zurückkehren.

Obwohl das Oslo-Abkommen inzwischen 20 Jahre alt ist, gäbe es für eine solche Paketlösung in Israel und in den palästinensischen Gebieten noch immer eine Mehrheit. Und dies, obwohl die Rechtsparteien in Israel und die islamistische Hamas auf der palästinensischen Seite sie ideologisch ablehnen.

Während Europa, die arabischen Staaten und oft auch die USA aber auf die richtige Konstellation in Israel und Palästina warten, wird die Zeit zur Umsetzung einer Zweistaatenlösung immer knapper. Der von der Netanjahu-Regierung erneut forcierte Bau israelischer Siedlungen unterminiert die Möglichkeiten zum Aufbau eines lebensfähigen palästinensischen Staates ganz bewusst. Der entscheidende Faktor aber ist die Demografie, und zwar auf beiden Seiten: So wird der nichtjüdische Bevölkerungsteil in Israel und den palästinensischen Gebieten zusammen allmählich zur Mehrheit. Und je länger israelische Siedlungen in den palästinensischen Gebieten bestehen und neue Generationen dort geboren werden, desto schwieriger wird es, die Siedler eines Tages wieder ins Staatsgebiet Israels umziehen zu lassen.

Demografie ist selbstverständlich ein Politikum, jede Zahl ist hier umstritten. Israelischen Statistiken zufolge hatte Israel 2012 über 7,9 Millionen Einwohner. Davon zählen mehr als 5,9 Millionen, also 75 Prozent, zur jüdischen Bevölkerung; das schließt 500 000 israelische Siedler in der Westbank und in Ost-Jerusalem ein. Etwa 1,6 Millionen oder 20 Prozent der Einwohner Israels sind Araber. Die Zahl der Palästinenser im Gazastreifen und in der Westbank (ohne die arabischen Einwohner Ost-Jerusalems, die gern von israelischer wie von palästinensischer Seite gezählt werden) belief sich auf etwa 3,6 Millionen. Der relative Anteil der jüdischen gegenüber der palästinensisch-arabischen Einwohnerschaft in Israel und den palästinensischen Gebieten zusammen liegt damit heute bei etwa 53 zu 47 Prozent. Nur: Das

Bevölkerungswachstum in den palästinensischen Gebieten und im arabischen Sektor Israels ist deutlich höher als bei den jüdischen Israelis. Der jüdische Bevölkerungsteil bildet damit zwar auch künftig eindeutig die Mehrheit im eigentlichen Israel, nicht aber in Israel und den palästinensischen Gebieten.

Langfristig denkende israelische Politiker sehen deshalb in der Entstehung eines eigenständigen palästinensischen Staates zunächst die Wahrung eigener israelischer Interessen. Ansonsten, so erklärte der ehemalige Ministerpräsident Ehud Olmert einst seinen Mitbürgern, sei es nur noch eine Frage der Zeit, "bis die Palästinenser 'one man, one vote' verlangen".

Das wird spätestens in vier Jahren der Fall sein. Bis dahin - bis zum Ende der Amtszeit von US-Präsident Obama - wird die Zweistaatenlösung entweder auf den Weg gebracht sein, oder es wird keine Zweistaatenlösung geben. Spätestens an diesem Wendepunkt werden sich auf palästinensischer Seite diejenigen durchsetzen, die schon heute fordern, die Palästinensische Autonomiebehörde aufzulösen und statt eines eigenen Staates die Annexion und volle Integration der palästinensischen Gebiete in den Staat Israel zu fordern, um dort dann in einer Art Anti-Apartheids-Kampf für gleiche Rechte einzutreten. Die eigentliche existenzielle Bedrohung Israels ist deshalb das Nichtzustandekommen einer fairen Zweistaatenlösung.

Europa tritt genau deshalb weiter für die Zweistaatenlösung ein. Der wichtigste Beitrag dazu bleibt die Unterstützung der Palästinenser beim Aufbau verlässlicher staatlicher Institutionen. Wenn allerdings klar wird, dass eine solche Lösung auch mit der kommenden Regierung Israels nicht machbar ist, dann müssen die Europäische Kommission und die einzelnen Außenministerien sich auf die wahrscheinliche Alternative vorbereiten.

Solche Gedankenübungen würden sich kaum verheimlichen lassen, und die israelische Regierung würde sicher heftig dagegen protestieren. Das gälte es auszuhalten. Denn vielleicht würde die Mehrheit israelischer Politiker in dem Moment erkennen, dass die Idee der Zweistaatenlösung nicht eigentlich für die Palästinenser, sondern für Israel und dessen Zukunft entwickelt worden ist.

Der Autor leitet die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin. Sie erreichen ihn unter:

gastautor@handelsblatt.com